

K2 Vielfältige Bildungslandschaft – in die Zukunft investieren (Bildung und Uni-Stadt)

Antragsteller*in: Oliver Kossack (Frankfurt-Oder KV)

Text

129 Vielfältige Bildungslandschaft – in die Zukunft investieren

130 Unsere Stadt ist ein Oberzentrum und hat daher auch als Bildungsstandort eine
131 herausragende Bedeutung für die umliegenden Landkreise. Die Bildungslandschaft
132 unserer Stadt ist jedoch durch Schließungen und Zusammenlegungen von Schulen in
133 der Vergangenheit zu stark geschrumpft. Schüler*innen steht im Oberstufenbereich
134 keine ausreichende Auswahl an Schulprofilen mehr zur Verfügung. Die vorhandenen
135 Oberschulen und Gymnasien sind darüber hinaus mit ihrer Drei- bis Sechszügigkeit
136 zu groß und stoßen immer wieder an ihre räumlichen Kapazitätsgrenzen. Es gibt zu
137 wenige Teilungsräume, um inklusives Lernen und Gruppenunterricht in den Schulen
138 umzusetzen. Wir setzen uns daher nach wie vor für eine weitere Oberschule in
139 Frankfurt (Oder) ein, idealerweise in der Nähe eines vorhandenen
140 Grundschulstandorts und einer vorhandenen Sportstätte. Wir halten eine
141 Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe für eine sinnvolle Ergänzung der
142 Frankfurter Bildungslandschaft. Diese erweitert die Auswahlmöglichkeiten und
143 entlastet sowohl das einzig frei zugängliche Gymnasium als auch die beiden
144 Oberschulen. Der mit viel Engagement aufgebaute Bildungscampus am
145 Oberstufenzentren muss baulich und inhaltlich wieder gestärkt werden.

146 Um den Schulstandort Frankfurt (Oder) zu stärken, setzen sich BÜNDNIS 90/DIE
147 GRÜNEN wie bisher intensiv für einen verlässlichen und dauerhaften
148 Sachkostenzuschuss der Stadt an die beiden Schulen in freier Trägerschaft ein.
149 Der städtische Zuschuss stellt zwar eine sogenannte freiwillige Leistung der
150 Stadt Frankfurt (Oder) dar, aber eine eventuelle Schließung einer der beiden
151 Schulen würde die Stadt Frankfurt (Oder) verpflichten, selbst wieder die
152 entsprechenden Schulplätze zur Verfügung zu stellen. Dies wäre mit wesentlich
153 höheren Kosten verbunden und würde die Wahlmöglichkeiten der Eltern und
154 Schüler*innen weiter einschränken.

155 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine strategische Sanierung der sozialen
156 und Bildungseinrichtungen ein. Parkettreparaturen, weil das Dach weiterhin
157 tropft, wie vor einigen Jahren in der Erich-Kästner-Schule, darf es nicht mehr
158 geben. Dabei haben für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der schrittweise Abbau des
159 Investitions- und Sanierungsstaus sowie die energetische Sanierung der Schulen,
160 Sportstätten und Kindergärten Priorität. Wir setzen uns für die entsprechende
161 Mittelbereitstellung im städtischen Haushalt ein. Des Weiteren halten wir eine*n
162 Hausmeister*in an jeder Schule für sinnvoll – und zwar unabhängig vom
163 Sanierungszustand. Denn deren Arbeit verringert nachhaltig den
164 Instandhaltungsaufwand der Stadt. Hierzu kann man sich an Modellen aus
165 Brandenburg an der Havel und Cottbus orientieren.

166 Sanierungen in Bildungseinrichtungen sind immer anstrengend für Kinder, Eltern
167 und Angestellte. Deshalb sollten alle Betroffenen so frühzeitig und umfassend
168 wie möglich von der Stadtverwaltung in anstehende Sanierungsplanungen und -
169 prozesse einbezogen werden. Dies stärkt die Zufriedenheit, Mitverantwortung und
170 Identifikation mit den Schulen. Wenn Schüler*innen ihre Schule aktiv
171 mitgestalten können, reduziert das auch die Schäden durch Vandalismus. Eltern
172 und Schüler*innen, die sich in die Gestaltung von Schulaußenanlagen aktiv

173 einbringen wollen, müssen deshalb proaktiv von der Stadtverwaltung unterstützt
174 werden, damit alle rechtlichen Bedingungen eingehalten werden können.

175 Für die Schulen im Stadtteil West halten wir die Schaffung einer Sportanlage
176 (Halle und Außenanlagen) für erforderlich. Nachdem die Sanierung von Schulen
177 lange Zeit Priorität hatte, muss aus unserer Sicht jetzt die Instandsetzung von
178 Sportanlagen verstärkt betrieben werden. Damit werden neben dem Schulsport auch
179 die Aktivitäten der zahlreichen Sportvereine unterstützt.

180 Die Förderung von Medienkompetenz an unseren Schulen ist eine wichtige
181 Verpflichtung aus den Lehrplänen. Auch als hoch verschuldete Stadt muss sich
182 Frankfurt (Oder) dieser Aufgabe stellen und für eine gute technische
183 Infrastruktur und Ausstattung sorgen. Da dies allein aus dem städtischen
184 Haushalt in den nächsten Jahren nicht möglich ist, müssen hierfür gezielt
185 Landes- und Bundesmittel eingeworben und die Möglichkeiten der städtischen
186 Unternehmen (wie zum Beispiel der FIS) genutzt werden. Medienpädagogische
187 Schulungs- und Beratungsangebote, wie z.B. im MGH MIKADO, halten wir für äußerst
188 wichtig und wollen ihre Aktivitäten für die Schulen und Institutionen in der
189 Stadt fördern.

190 Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Stadtverwaltung endlich sogenannte „fifty-
191 fifty“ Projekte ermöglicht, in denen Bildungseinrichtungen an ihren eigenen
192 Strom- bzw. Heizkosteneinsparungen finanziell beteiligt werden.

193 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die gesellschaftlichen Bemühungen um
194 Inklusion. Unsere Stadt braucht eine inklusive Gesamtstrategie, die aufzeigt,
195 wie Inklusion in Kindergarten, Schule, Hort, Jugendförderung und Arbeitsmarkt
196 umgesetzt werden kann.

197 Ein gesundes und vollwertiges Schulessen ist uns Bündnisgrünen wichtig. Wir
198 halten frisch gekochtes Essen aus schuleigenen Küchen für den besten Weg und
199 setzen uns für eine Mittelbereitstellung ein, wenn Schulen und
200 Kindertagesstätten vom Catering auf eine hauseigene Küche umstellen wollen. Auch
201 für die Gestaltung von ansprechenden Räumen für Pausen und gemeinsames Essen
202 wollen wir finanzielle Mittel bereitstellen.

203 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Qualität der Kindertagesstätten und Schulen
204 wieder mehr in den Mittelpunkt der Diskussionen rücken. Gute Bildung und
205 Betreuung beginnt für uns mit gut ausgebildetem Fachpersonal. Wir setzen uns
206 daher für mehr Personalressourcen im Jugendamt ein, um die Praxisberatung und
207 Qualitätsentwicklung in den Kitas begleiten zu können. Außerdem sollte das
208 Jugendamt einen runden Tisch zur Ausbildungsqualität von Erzieher*innen in
209 unserer Region initiieren und leiten, in den Kita-Leiter*innen und
210 Verantwortliche für die Erzieher*innen-Ausbildung einbezogen sind.

211 Gute Bildung und Betreuung ist nur gemeinsam mit den Eltern möglich. Daher
212 fordern wir Träger und Kollegien auf, Weiterbildungen in Elternarbeit und
213 Freiwilligenmanagement anzubieten sowie enge Erziehungspartnerschaften zwischen
214 Einrichtungen und Familien anzustreben.

215 Weil in unserer Stadt immer mehr Kinder leben, sehen wir den Bedarf für eine
216 neue Kita. Diese könnte auch als kommunale Einrichtung entstehen, damit die Stadt
217 leichter auf aktuelle Entwicklungen reagieren und neue Konzepte umsetzen kann.

218 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Spielplätze Orte des Lernen, der
219 Bewegungserfahrung und der Kommunikation von Eltern. Wir engagieren uns dafür
220 ein, dass es Spielplätze in allen Ortsteilen gibt und der Sanierungsrückstau auf
221 Spielplätzen abgearbeitet wird. Kinder und Eltern sollten zudem mit ihren
222 Wünschen stärker bei der Planung und Gestaltung von Spielplätzen einbezogen
223 werden.

224 Wir wollen die Kita-Träger und Schulkollegien unserer deutsch-polnischen
225 Doppelstadt ermutigen, Begegnungen der Kinder mit unseren Nachbar*innen und
226 deren Sprache zu fördern. Dafür sehen wir viele gute Wege, wie etwa polnische
227 Partnereinrichtungen, die Einstellung von polnischem Fachpersonal oder die
228 Aufnahme von polnischen Kindern. Nichts ist beim Lernen einer Sprache so wichtig
229 wie weitergehende Angebote, insbesondere bei einem Schulwechsel. Entsprechende
230 Möglichkeiten müssen sich deshalb auch in der nächsten Fortschreibung der
231 Schulentwicklungsplanung wiederfinden. Die Idee einer bilingualen deutsch-
232 polnischen Grundschule halten wir für richtig und werden sie weiterhin fördern.
233 Gerade im Bildungsbereich leistet das Frankfurt-Stübiger Kooperationszentrum mit
234 dem Frankfurt-Stübiger Bildungsbeirat und Bildungsforum wichtige
235 Vernetzungsarbeit, die unbedingt fortgeführt werden muss.

236 Frankfurt (Oder) ist einer von drei Universitätsstandorten im Land Brandenburg.
237 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, diesen durch die gezielte
238 Kooperation zwischen Stadt und Universität weiter zu stärken, um das Potenzial
239 der Europa-Universität Viadrina sowie ihrer Studierenden und Beschäftigten für
240 Stadt und Region besser nutzen zu können. Um Mitarbeiter*innen und Studierende
241 für die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Stadt zu begeistern,
242 müssen wir ihnen vermitteln, dass sie in Frankfurt (Oder) sehr willkommen sind.
243 Deshalb müssen die Stadtverwaltung und andere städtische Akteur*innen bestehende
244 Projekte unterstützen und neue Projekte fördern, um nicht ein Neben- sondern ein
245 Miteinander zu leben. Um die positive Wahrnehmung der Stadt als
246 Universitätsstandort zu fördern, wollen wir die Öffentlichkeitsarbeit für
247 Kooperationsprojekte verbessern und verstärkt Begegnungsmöglichkeiten zwischen
248 Universitätsangehörigen und Bürger*innen schaffen.

249 In den vergangenen Jahren hat sich an verschiedenen Stellen ein themenbezogener
250 Austausch etabliert, der auch in einer großen Bandbreite von
251 Kooperationsprojekten sichtbar geworden ist. Weiterhin haben Forscher*innen und
252 Studierende der Viadrina ihre Expertise und Ideen fruchtbar in städtische
253 Prozesse eingebracht und so die Stadtentwicklung mitgestaltet. Mit der
254 Verankerung der Kooperation zwischen Stadt und Universität in einem Dezernat
255 wurde nun eine gute Grundlage geschaffen, um diese Zusammenarbeit weiter zu
256 intensivieren. Damit dies gelingt, setzen wir uns dafür ein, dass auch weiterhin
257 innovative Kooperationsprojekte entwickelt und der Transfer von Ideen und Know-
258 how aus der gründungsstärksten Universität des Landes in die lokale Wirtschaft
259 gefördert werden. Ebenso wollen wir die Expertise von Universitätsangehörigen in
260 weitere städtische Prozesse und Entscheidungen einbeziehen und dadurch die
261 Kooperation von Stadt und Universität weiter verstetigen, um diesen
262 Wissensaustausch nachhaltig für die Stadtentwicklung zu nutzen.